

Niederschrift

Gremium:	Stadtrat
Sitzungsdatum:	Mittwoch, den 08.11.2023
Sitzungsdauer:	19:00 - 21:39 Uhr
Sitzungsort:	Kulturhaus, Straße der Jugend 41 in Tangerhütte

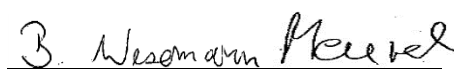
 Öffentliche Sitzung

 es folgte eine
Nichtöffentliche Sitzung

 Nichtöffentliche
Sitzung



Werner Jacob
Vorsitzender



Birgit Wesemann/ Karin Menzel
Protokollführer / nach Abschrift

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Werner Jacob

Bürgermeister

Herr Andreas Brohm

Mitglieder

Herr Michel Allmrodt

Herr Michael Bartoschewski

Frau Edith Braun

Herr Ralf Breuer

Herr Dr. Frank Dreihaupt

Herr Marcus Graubner

Herr Peter Jagolski

Frau Carmen Kalkofen

Herr Wolfgang Kinszorra

Frau Steffi Kraemer

Herr Michael Nagler

Herr Dieter Pasiciel

Frau Rita Platte

Herr Christoph Plötze

Herr Marco Radke

Frau Alexandra Schleef

Herr Mathias Sprunk

Herr Bodo Strube bis Ende öffentl. Teil

Herr Daniel Wegener

Herr Sven Wegener

Ortsbürgermeister

Herr Udo Wendorf

Herr Alexander Wittwer

Protokollführer

Frau Birgit Wesemann

Abwesend:

Mitglieder

Herr Ralf-Peter Bierstedt entsch.

Frau Petra Fischer entsch.

Herr Wilko Maatz entsch.

Herr Uwe Nastke entsch.

Herr Björn Paucke entsch.

Tagesordnung

zur öffentlichen/nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte am Mittwoch, 08.11.2023, 19:00 Uhr im Kulturhaus, Straße der Jugend 41 in Tangerhütte.

Öffentliche Sitzung

DS-Nr.

- | | |
|---|--------------|
| 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Stadtratsmitglieder und der Beschlussfähigkeit | |
| 2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung | |
| 3. Abstimmung über die Niederschrift der letzten öffentlichen Sitzung des Stadtrates | |
| 4. Einwohnerfragestunde | |
| 5. Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten (§ 65 Abs. 2 KVG LSA), Eilentscheidungen (§ 65 Abs. 4 KVG LSA) und Bekanntgaben der von den beschließenden Ausschüssen gefassten Beschlüsse, sowie Nachfragen durch den Stadtrat dazu | |
| 6. Schließung einer Tageseinrichtung für Kinder | BV 1102/2023 |
| 7. Antrag einer Fraktion - Verwendung der § 7 Mittel | BV 1103/2023 |
| 8. Anfragen und Anregungen, Sonstiges | |

Öffentliche Sitzung

13. Wiederherstellung der Öffentlichkeit
14. Bekanntgabe der in nicht öffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse
15. Schließung der Sitzung

Öffentlicher Teil

TOP 1: Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Stadtratsmitglieder und der Beschlussfähigkeit

Herr Jacob eröffnet die Sitzung des SR (Stadtrates), begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung fest. Es habe sich Herr Bierstedt, Frau Fischer, Herr Maatz, Herr Nastke und Herr Paucke entschuldig. Mit 21 SR'en (Stadträten) ist die Beschlussfähigkeit gegeben.

TOP 2: Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Herr Graubner stellt im Namen der CDU-Fraktion den Antrag, Vertagung des TOP (Tagesordnungspunktes) 6, Schließung der Tageseinrichtung Demker. Heute Abend sind Eltern anwesend, die man nicht mit in die Entscheidung einbezogen habe. Aus diesem Grund sehe er keine Grundlage, heute eine Entscheidung zu treffen.

Herr Jacob bittet um Abstimmung des Antrages von Herrn Graubner.

Abstimmung: mehrheitlich ja

Herr Sprunk stellt den Antrag, den TOP 12, Eilentscheidung des Bürgermeisters gem. § 65 Abs. 4 KVG LSA, von der TO (Tagesordnung) zu nehmen, weil bis zur Eröffnung der Sitzung die entsprechenden Unterlagen nicht in Mandatos bzw. in Session vorlagen.

Herr Jacob bittet um Abstimmung des Antrages von Herrn Sprunk.

Abstimmung: mehrheitlich ja

Herr Jacob stellt die geänderte TO (Tagesordnung) fest.

TOP 3: Abstimmung über die Niederschrift der letzten öffentlichen Sitzung des Stadtrates

Es liegt keine Niederschrift vor.

TOP 4: Einwohnerfragestunde

Herr Allmrodt nimmt an der Sitzung teil. Damit sind es 22 SR'e.

Einwohner Nr. 1: Seine Tochter geht in die Kita „Tangerwichtel“ in Demker. Im Beschluss, BV 1102/2023, steht, dass die Geburtenraten zurückgehen und auf der außerordentlichen Elternversammlung wurde gesagt, es seien nur noch 14 Kinder. Die Eltern wissen aber, dass vorab Kinder nach Tangerhütte umgeleitet wurden. Er spricht von 2 Kinder, die im November in die Kita Demker gehen sollten. Diese 2 Kinder sind aber nicht in der Kita Demker und hatten keine Eingewöhnung, ohne, dass ein Beschluss vorlag, dass die Kita Demker zugemacht werden soll. Warum?

Herr Brohm antwortet, auf der Elternversammlung sei deutlich geworden, was die Herausforderung ist. Das haben die Eltern in den letzten Wochen und Monaten selber gespürt, eingeschränkter Betrieb und reduzierte Öffnungszeiten. Man stehe vor der Herausforderung, auch in allen anderen Einrichtungen, Kita-Personal zu finden und stabil im Dienst zu halten. Mit diesem Hintergrund seien die Anmeldungen der 2 Kinder in anderen Kitas erfolgt.

Einwohner Nr. 1: Er versteht nicht, wenn in anderen Kitas kein Personal ist, warum steckt Herr Brohm diese 2 Kinder in diese Kitas? In Demker läuft alles wunderbar. Dort seien keine missverständlichen Öffnungszeiten bzw. fällt kein Tag flach, wo sich die Leute für unsere Kinder den „Arsch“ aufreißen.

Einwohner Nr. 2: Er habe sich auch diesen Beschluss durchgelesen und habe heute ein sehr interessantes Gespräch mit der Amtsleiterin vom Landkreis Stendal gehabt. Diese Amtsleiterin sei über diese Vorlage sehr erbost und habe gesagt, sie stehe voll hinter den Eltern und sei gegen diese Schließung. Des Weiteren habe sie gesagt, Personalmangel gab es schon immer. Das sei kein Grund, diese Kita zu schließen. Sie habe auch gesagt, vor 3 Wochen gab es eine Bedarfsanfrage, in der sich Tangerhütte in keinster Weise geäußert habe, dass die Kita Demker geschlossen werden soll. Einwohner Nr. 2 wisse, die Kita Demker ist auf der Bedarfsliste. Können sie mir das erklären?

Herr Brohm äußert, der SR treffe sich heute, um sich die Situation anzuschauen, wie die Entwicklung ist. Er stellt fest, dass es eine andere Wahrnehmung von der Kita Demker gibt, als wie es wirklich ist. Es ist schwierig, die Betreuungszeiten abzusichern. In anderen Einrichtungen seien Kapazitäten frei, die in den vergangenen Jahren ausgelastet waren und wo es jetzt keine Anmeldungen gibt. Das Problem, adäquates Personal zu finden, sei da. Unsere EGem habe sich auf den Weg gemacht, bildet seit ca. 4 Jahren aus und es wird jeder übernommen. Die Erfahrung aus dem letzten Jahr, in dem man 5 Ausschreibungen getätigt habe, zeigt, dass der Markt leergefegt ist. Man ist

in einer Situation, dass die Geburtenzahlen rückläufig seien. Wenn man sich die BV ansieht, sieht man, dass man über 100.000 € redet. Das sei viel Geld.

Einwohner Nr. 2: Herr Brohm habe gerade von Personalmangel gesprochen. Wie kann es dann sein, dass eine Erzieherin aus der Kita Demker entlassen werden soll? Der Vertrag nicht verlängert wird?

Herr Brohm merkt an, hier sind wir im Personalbereich. Im öffentlichen Teil möchte er hierzu keine Stellung nehmen.

Einwohnerin Nr. 3: Sie findet, die Wortwahl „in Abwägung aller Interessenlagen“ ist für die Eltern ein Schlag ins Gesicht. Wurde in der Stadt nur einmal über den Standort nachgedacht, für Orte wie Grobleben, Elversdorf, Köckte, Weißewarte einschließlich Demker? Liegt diese Einrichtung auf dem Weg in Richtung nach Stendal und Tangermünde? Sie müsste ihren Sohn nach Tangerhütte bringen. Dies wären 65 km am Tag, die sie hin- und herfahren müsste, weil sie in einer ganz anderen Richtung arbeite. Wo ist das Interesse aller?

Herr Brohm antwortet, es geht aktuell um 14 Kinder, die dort betreut werden. Die Kita Demker liegt strategisch günstig. Deshalb auch der Zulauf aus anderen Gemeinden. Die Kinder sollen anspruchsvoll betreut werden. Wir stehen vor der Herausforderung, dass dies nicht mehr täglich sichergestellt werden kann. Vor diesem Hintergrund stellen sich Fragen der Verlässlichkeit und der Öffnungszeiten und der Betreuungsschlüssel kann nicht eingehalten werden. Es ist bei der kleinen Kita, wie Demker, eine größere Herausforderung, weil die Gruppen nicht zusammengelegt werden können.

Einwohnerin Nr. 4: Die verkürzten Öffnungszeiten gab es erst einmal in der Kita Demker. In der BV steht, dass darüber diskutiert wird, die Kita Demker in einem geordneten Verfahren zum 31.07.2024 zu schließen. Sie versteht das nicht. Vor kurzem wurde noch gesagt, solange der Neubau der Kita Lüderitz nicht abgeschlossen wurde, braucht man sich keine Sorgen um den Standort zu machen. Sie fragt, warum wurde nicht langfristig mit den Eltern und Erziehern kommuniziert, welche Kita eine Option wäre? Man wird vor vollendeten Tatsachen gestellt.

Herr Brohm kann die Einwohner verstehen. Es ist eine dynamische Entwicklung, die bewerkstelligt werden muss, um eine Entscheidung zu fällen. Was vor einem Jahr beschlossen und besprochen wurde, Situation mit Lüderitz, kann finanziell nicht abgewickelt werden. Mit der aktuellen Situation sei man konfrontiert, die besagt, dass die Auslastungszahlen in den Einrichtungen zurückgehen. Entsprechendes Personal zur Verfügung zu stellen, ist nicht gegeben.

Einwohnerin Nr. 4: Theoretisch reichen für 14 Kinder 3 Erzieher aus.

Sie habe eine Frage von zwei Eltern, die heute nicht anwesend sind. Es sind zwei Familien, die keinen Führerschein haben, die zum Teil zugezogen sind und sich bewusst für diesen Ort entschieden haben, weil es im Ort eine Kita gibt. Den Eltern wurde zwar Bellingen angeboten, aber ohne Führerschein ist dies nicht möglich. Sie fragt, wie kann Tangerhütte denn sicherstellen, dass diese Kinder immer noch eine Option haben, eine Einrichtung zu besuchen?

Herr Jacob sagt, hier besteht noch Kommunikationsbedarf. Es muss unbedingt miteinander geredet werden, um die Probleme zu besprechen. Eltern vor vollendeten Tatsachen zu stellen, geht nicht.

Einwohner Nr. 5: Sein Sohn geht ebenfalls in die Kita Demker. Anfang des Jahres hat er vier Wochen für die Eingewöhnung seines Sohnes in der Kita Demker geopfert. Er fragt sich, wie er das unter einen „Hut“ kriegen soll, da seine Elternzeit vorbei ist. Er hat keinen rechtlichen Anspruch auf Geld.

Frage: „Wer vergütet mir das, wie erkläre ich es meinem Chef?“

Herr Brohm antwortet, dass die Mitarbeiter mit den Kindern mitgehen, wo die meisten Kindern hingehen. Die Bezugspersonen wären mitgegangen, dann hätte man dies lösen können.

Einwohner Nr. 5: Bezugspersonen im Sinn von Erzieher? Es sind zwei Eltern in der Einrichtung, die es betrifft. Der Umweg, der schon mehrmals angesprochen wurde, ist schwierig. Er fragt, hat sich die Verwaltung Gedanken gemacht, wie es mit der Eingewöhnung funktionieren soll? Hier wird von einer geplanten Schließung, Ende Dezember, gesprochen.

Herr Brohm äußert, im Moment wird gar nicht mehr von einer Schließung gesprochen, weil der TOP von der TO genommen wurde.

Einwohner Nr. 6: Warum wurde keine Stelle als Erzieherin ausgeschrieben? Als nächstes fragt er, soll ich mein selbständiges Gewerbe wieder abmelden, da ich es dann nicht mehr zeitlich schaffe?

Herr Brohm spricht die ausgeschriebenen Stellen an. Erfahrungsgemäß wurden im letzten Jahr viele Stellenbesetzungsverfahren in Kita-Einrichtungen durchgeführt. Es ist einfach kein Fachpersonal vorhanden. Eine Ausschreibung wurde in diesem Jahr ohne Erfolg durchgeführt.

Einwohner Nr. 6: Eine Ausschreibung im Jahr, wenn Erzieher gebraucht werden, ist zu wenig.

Einwohnerin Nr. 7: Was mache ich, wenn ich mich über viel Unrat, Dreck und Müll in meiner Heimatstadt ärgere? Die Antwort könnte lauten, wenden sie sich an das Ordnungsamt. Das habe sie vor einigen Jahren schon gemacht und eine dumme Antwort erhalten. Darüber sei sie sauer geworden und hat geantwortet und siehe, am anderen Tag sei das ganze erledigt gewesen. Sie hätte jetzt das Ordnungsamt wieder anrufen können, aber habe sich davor gescheut. Sie möchte heute die Gelegenheit nutzen, um 3 besondere Probleme zu nennen. Sie wohnt im Neustädter Ring und wenn sie zum Friedhof geht, kommt sie immer an den alten Findling vorbei. Seit März verkomme diese Stelle immer mehr zur Müllhalde. Im Sommer sitzen dort oft Jugendliche. Diese trinken und schmeißen Flaschen kaputt. Sie fragt sich, wenn hier Muttis mit ihren Kindern oder Ältere lang gehen, dort stürzen und in diese Glasscherben fallen, was alles passieren kann. Dort liegen auch Windeln, Tetra-Packs und vieles mehr. Auch in den Büschen liegt sehr viel Müll.

Das 2. Problem sind die Container, gleich am Friedhof. Wie kann es sein, dass dort über mehrere Tage Flaschen stehen, Laub und andere Sachen abgelagert werden? Das sei ein unschönes Bild, denn Tangerhütte hat sicherlich auch ab und zu Besucher.

Das 3. Problem ist, dass im Neustädter Ring 66 seit etwa 3½ Wochen Möbelreste liegen. Dort stand auch ein Herd. Inzwischen sei ein Müllsack und Kinderspielzeug hinzugekommen. Sieht das die Stadt nicht? Wie ist das eigentlich mit den Mitarbeitern vom Ordnungsamt, mit den anderen Mitarbeitern der Stadt oder mit den Stadträten? Gehen die mal durch die Stadt?

Zum Thema Laubcontainer sagt die Einwohnerin, sie habe im Neustädter Ring noch keinen Laubcontainer gesehen.

Herr Brohm sagt, der alte Findling befindet sich auf kommunalem Gelände. Für Hinweise sind wir immer dankbar. Er spricht den Müll bzw. Sperrmüll an, den jemand bestellt hat und dieser nicht abgeholt wurde. Hier muss geklärt werden, ob es das Grundstück der EGem oder ein Privatgrundstück ist. Der Verursacher muss gefunden und angeschrieben werden.

Einwohnerin Nr. 7: Es ist innerhalb des Jahres bereits das zweite Mal, dass dort Müllberge liegen. Ihr wurde versichert, dass die Stadt das weiß.

Es gibt keine weiteren Fragen von den anwesenden Einwohnern der EGem Stadt Tangerhütte.

TOP 5: Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten (§ 65 Abs. 2 KVG LSA), Eilentscheidungen (§ 65 Abs. 4 KVG LSA) und Bekanntgaben der von den beschließenden Ausschüssen gefassten Beschlüsse, sowie Nachfragen durch den Stadtrat dazu

Herr Brohm informiert über die Presse-Berichterstattung. Er liest eine Pressemitteilung vor, in der es um die Kita „Anne Frank“ geht. Am Montag gab es eine Klarstellung, wie der Themenstand ist. Aktuell steht eine Namensänderung der Kita „Anne Frank“ nicht an. Ein Erneuerungsprozess durchlief in den vergangenen Monaten die Kita „Anne Frank“ in Tangerhütte. Die offene Arbeit ist das Kernstück. Die Mitarbeiter im Kuratorium haben sich neu zusammengefunden und den Prozess der Neuerung maßgeblich mitgestaltet. Anfang 2023 ist die Diskussion aufgekommen, die grundlegende Konzeptionsänderung durch einen anderen Namen der Einrichtung nach außen sichtbar zu machen. Im Juli 2023 hatten Kita und Kuratorium dem Ortschaftsrat (OR), als erstes zuständiges Gremium, das neue Konzept und auch die Änderung in einer Kita-Begehung vorgestellt. An dieser Stelle kam auch das Thema Namensänderung zur Sprache. Die Diskussionen laufen immer noch, ohne, dass es aktuell eine Entscheidung darüber anstünde. Er sagt, dass es mittelfristig auf die aktuell geführte Diskussion um die Namensgebung mit einfließen wird. Erreicht haben uns viele konstruktive Vorschläge und Anregungen, für die wir sehr dankbar sind, sagt Andreas Brohm. Er liest weiter vor.

Das Kuratorium hat sich Montagabend getroffen und hat den Diskussionsprozess beendet. Ein Antrag zur Namensänderung steht weiterhin nicht zur Entscheidung an.

Er spricht ein weiteres Thema an, dass im letzten Stadtrat entschieden wurde, das Wildparkgelände zu verkaufen. Die Fläche wurde ausgeschrieben, die Anzeige läuft bis Ende März. Alles, was beweglich oder abbaubar ist, soll verkauft werden, dazu erreichen uns Interessenanfragen. Es muss eine Entscheidung getroffen werden, in welchem transparenten Verfahren das gemacht werden soll.

Herr Jacob spricht die Pressemitteilung an, die Herr Brohm angesprochen hat. Alle Fraktionen, als Stadtrat (SR) der EGem Stadt Tangerhütte, haben sich deshalb entschieden, eine gemeinsame Erklärung abzugeben. Diese wird von ihm vorgelesen.

Ihn hat es erschreckt, dass es unter den Mitarbeitern der Stadtverwaltung jemand gibt, der allen Ernstes erklärt hat, dass er nicht weiß, wer Anne Frank ist. Ihm ist es ein Anliegen, demjenigen oder

derjenigen zu sagen, wer Anne Frank ist. Er übergibt dem BM das Buch (Das Schreiben wird als Anlage zu Protokoll gegeben).

TOP 6: Schließung einer Tageseinrichtung für Kinder

- Vorlage: BV 1102/2023

Die BV 1102/2023 wurde im TOP 2 vertagt.

TOP 7: Antrag einer Fraktion - Verwendung der § 7 Mittel

- Vorlage: BV 1103/2023

Herr Dr. Dreihaupt sagt, dass es einen Gebietsänderungsvertrag mit Bildung der EGem gibt, wo festgelegt wurde, dass die § 7-Mittel zur freien Verfügung für die Ortschaften stehen. Es kann nicht akzeptiert werden, dass die § 7-Mittel gekürzt werden. Der BM wird gebeten, zu entscheiden, dass die Mittel an die Ortschaften verteilt werden oder die Kommunalaufsicht muss entscheiden.

Frau Braun informiert, dass sie den Antrag, der heute von der UWGSA auf der TO steht, schon 5 Tage vor der UWGSA gestellt habe. Dies sei per Mail nachweisbar. Diesen Antrag habe sie schon am 07.10.2023 an den BM und an den SR-Vorsitzenden geschickt, nachrichtlich an alle SR'e. Alle haben diese Nachricht bekommen. Wenn ihr Antrag schon 1 Woche vor dem Antrag von der UWGSA im Amt vorlag, hätte ihr Antrag auf der TO stehen müssen aber Herr Brohm möchte diesen Antrag erst auf die TO der nächsten Sitzung setzen lassen. Sie hat darum gebeten, dass die Verwaltung den Beschluss von vor 3 bis 4 Jahren heute mitbringen soll. Dies ist nicht erfolgt. Für die Stadt Tangerhütte habe man sich nach langem hin und her stark gemacht, dass diese auch die § 7-Mittel bekommen, denn, wer seit 2000 in Haushaltskonsolidierung war, hat kein Recht, 2010 freiwillige Mittel als § 7-Mittel zu bekommen. Dies habe man alles per SR-Beschluss geändert, die Summen wurden festgelegt und wie damit umgegangen wird. Sie sagt, dass ein Stadtratsbeschluss unabweisbar ist. Der Gebietsänderungsvertrag von 2010 beinhaltet dies. Denn, wie Herr Bartoschewski immer sagt, eine Bildung einer Einheitsgemeinde darf nicht dazu führen, dass es uns schlechter geht als vorher (§ 9, Absatz 1 Gebietsänderungsvertrag).

Wenn der Beschluss so beschlossen wird, dann wird die Auszahlung dieses Jahr nicht mehr erfolgen. Man habe schon 2022 keine § 7-Mittel für unsere Vereine wegen dem fehlenden Haushalt bekommen. Deshalb habe der SR mit Bauchschmerzen dem Haushalt 2023 zugestimmt. Sie widerspricht der Fraktion in Gänze, denn eine Prüfung mit der Kommunalaufsicht wird dieses Jahr nicht mehr erfolgen. Dann sei man im Jahr 2024 und es gibt keine Möglichkeit mehr, das gesamte Paket zu bekommen. Sie spricht den Umgang mit den OBM und OR'e bzgl. des Schreibens von Frau Altmann an, dass nur noch die Hälfte der § 7-Mittel auszugeben sind. Dieses steht der Verwaltung nicht zu. Über diese Mittel befinden die OBM und OR'e.

Sie spricht die Verdrehung von Recht und Unrecht an, die prägnant ist. Alles was von den Eltern gehört wurde, ist ein Verstoß gegen geltendes Recht. Die Eltern haben alle einen Betreuungsvertrag. Ein SR-Beschluss wurde am 14.12.2022 gefasst zum Bau einer Erweiterung Kita in Lüderitz. Im Ergebnis dieses Beschlusses wurde gesagt, dass nur mit dem Erweiterungsbau erst das Thema Kita Demker zur Schließung auf der TO steht. Nicht in diesem Jahr und auch nicht im nächsten Jahr, es gibt kein Erweiterungsbau Kita Lüderitz.

Herr Jacob sagt zu Frau Braun, bitte zum Ende kommen und zum Thema sprechen.

Frau Braun spricht weiter über Kita Lüderitz und Kita Demker.

Sie stellt einen *Änderungsantrag*, den sie eingereicht hat, *auf Sofortauszahlung der § 7-Mittel*, so wie es im Haushalt beschlossen wurde.

Herr Jacob sagt, dass Frau Braun Recht hat. Wenn der Antrag der UWGSA auf der TO steht, hätte auch der Antrag von Frau Braun auf der TO stehen müssen.

Frau Schleef spricht und erklärt den Antrag der UWGSA. Man muss wissen,

- a) darf die Verwaltung während einer Haushaltssperre § 7-Mittel kürzen
- b) dürfen die Mittel um die Hälfte gekürzt werden, sind das freiwillige Aufgaben, gibt es einen Vertrag oder ist es eine Pflichtaufgabe

Die beiden Anträge sind nicht identisch und es geht hier um eine rechtliche Prüfung.

Herr Jacob kann dem nicht folgen. Es kann gesagt werden, dass der eine Antrag zu den § 7-Mittel weitergehend ist. Klärung, ob die § 7-Mittel außerhalb der Haushaltssperre sind oder nicht. Frau Braun sagt, dass es einen SR-Beschluss gibt und dieser ist umzusetzen bzgl. der § 7-Mittel.

Frau Schleef äußert, man wisse ja, dass bei SR-Beschlüsse, die auf freiwilliger Basis passieren und wo die Gemeinde freiwillig zahlt, das auch ausgehebelt werden kann. Ansonsten wären etliche SR-Beschlüsse schon erledigt, die aber nicht erledigt werden können, weil die finanziellen Mittel fehlen.

Frau Platte spricht ebenfalls das Schreiben von Frau Altmann an und es wurde auch bereits diskutiert. Sie sagt, dass es Verfügungsmittel der Ortschaften sind und die haben darüber zu entscheiden. Es wurde die Höhe der Mittel vor der Bildung der Einheitsgemeinde festgelegt. Dieses wird von ihr erklärt. Dem Antrag stimmt sie zu.

Sie sagt, die § 7-Mittel müssen nicht geprüft werden, weil das im Gebietsänderungsvertrag steht. Das ist Sache der kommunalen Selbstverwaltung.

Sie vertritt den Standpunkt, dass die Ortschaften ihre § 7-Mittel bekommen.

Frau Braun sagt, dass ihr Antrag der weitestgehende Antrag zu diesem TOP ist, was sie erklärt. Für die Brauchtums- und Vereinspflege sind wir lt. KVG allein zuständig. Sie verlangt, respektiert zu werden. Sie hat zur sofortigen Auszahlung eine Änderung formuliert. Nach der Auszahlung kann das dann auch rechtlich geprüft werden. Die Antwort dazu werden wir nicht bis Ende des Jahres bekommen. Es kann rechtlich geprüft werden, aber Vorrang hat die Auszahlung, damit die Vereine und Senioren unterstützt werden können.

Herr Radke gibt Frau Platte und Frau Braun Recht. Er stimmt dem Antrag von Frau Braun zu.

Herr Nagler stimmt dem zu, was Frau Platte bereits gesagt hat. Es ist hier nötig, das Geld auszusahlen. Alle Ortschaften und auch Tangerhütte sind davon betroffen, dass im dritten Jahr keine Gelder da sind. So kann einfach nicht gearbeitet werden. Er liest aus dem Gebietsänderungsvertrag § 9 und § 7 vor, was dort genau steht. Das sind Veranstaltungen der Heimatpflege, Förderung des örtlichen Brauchtums, Zuwendung für Verbände und Organisationen, Aufwendungen der sozialen Betreuung von Jugendgruppen sowie Altenbetreuung, wie z.B. Seniorenfeiern, Faschingsfeiern, Kinderfesten, Weihnachtsfeiern, repräsentative Leitung, Jubiläen und Ehrungen und andere Veranstaltungen. Auf das Geld besteht Anspruch.

Er sagt, dass der Antrag der UWGSA richtig ist und er spricht über das Parkfest, was ausfällt, weil der BM der EGem und die Verwaltung die Gelder nicht zur Verfügung stellen. Der Adventsmarkt fällt aus, weil keine Mittel vorhanden sind. Die DRK-Wasserwacht hat endlich nach 1½ Jahren den bewilligten Zuschuss für den Einbau eines Rollltores erhalten. Der BM soll dafür sorgen, den Haushalt 2024 hinzubekommen. Ansonsten soll er zurücktreten. Es gibt keinen Überblick der Finanzen.

Mehrfach hat er bereits gesagt, dass es keine Kämmerleiterin mehr gibt. Es gibt keinen, der eine entsprechende Ausbildung hat.

Er, als OR, sagt, die OR'e können sich alle auflösen und die OBM alle zurücktreten, weil wir keine Gelder mehr haben, um irgendwas für die Bürger zu machen.

Er unterstützt den Antrag der UWGSA, aber mit der Erweiterung, das Geld auszuzahlen.

Herr Jacob findet diesen Vorschlag gut, aber der Antrag von der UWGSA,

- ihre Rechtsauffassung bzgl. der Anwendung von haushaltsbeschränkenden Maßnahmen bzgl. der Verfügungsmittel für die Ortschaften reflektiert,
- diese gegebenenfalls mit der Kommunalaufsicht abstimmt und
- über das Ergebnis im öffentlichen Teil des nächsten Stadtrates zu berichten.

Es gibt eine rechtliche Einschätzung, die sich jeder durchlesen kann. Er bittet, dass in der Form verfahren wird, damit der Antrag zum Tragen kommt, die Gelder auszuzahlen.

Herr Jagolski stellt einen *Geschäftsordnungsantrag, Schließen der Rednerliste und Abstimmung*.

Vor der Abstimmung informiert **Herr Jacob**, dass Frau Platte und Herr Brohm noch sprechen dürfen.

Herr Jacob lässt jetzt über den *Geschäftsordnungsantrag* von Herrn Jagolski, *Schließen der Rednerliste abstimmen*.

Abstimmung: 22x Ja, 0x Nein, 0x Enthaltung

Frau Platte sagt, sie warnt, dies mit der Kommunalaufsicht oder dem Landesverwaltungsamt zu machen, was sie auch erklärt. Sie bittet, diesen Antrag nochmal zu überdenken. Dieser sei kontraproduktiv.

Herr Brohm gibt an, dass das KVG umgesetzt werden muss. Die auferlegte Haushaltssperre vom Landkreis, so wie es im Schreiben formuliert wurde, definiert wird. Dies bedeutet, dass alles Freiwillige gestrichen wird.

Herr Jacob ruft dazwischen, dass dies nicht freiwillig ist.

Herr Brohm führt weiter aus.

Die Ortsbürgermeister und die Ortschaftsräte verfügen in der jetzigen Situation über die Hälfte der § 7-Mittel.

Herr Jacob sagt, es gibt keine Diskussion mehr, denn es ist Ende der Rednerliste. Herr Brohm darf noch zu Ende sprechen und dann wird darüber abgestimmt.

Herr Brohm erläutert noch einiges. Es sollte nochmal reflektiert werden, dass eine gemeinsame Mehrheitsentscheidung getroffen werde. Es gibt letztendlich eine Prüfung, die besagt, ob das so richtig erfolgt ist oder nicht. Er hat bei der Haushaltsbeschlussfassung gesagt, dass nur über die Hälfte der § 7-Mittel verfügt werden darf. Er erinnert daran, dass in diesem Jahr der Haushalt in der Sicherung der Liquidität hing. Thema Personal ist auch nicht die Entscheidung von uns. Dafür sind Tarifparteien zuständig, die das festlegen. Es geht darum, dass man handlungsfähig ist. Im Ermessen dessen sagt er, dass es die 50 % gibt. Dieses Jahr liegt das Defizit bei 2 Mio. €, lt. Plan. Man kann nicht so tun, als gäbe es das Defizit nicht. Es wird irgendwann hinterfragt, wieso das so erfolgt ist und warum der Hauptverwaltungsbeamte das zugelassen hat. Der Abwägungsprozess wurde deshalb gemacht und er ist, so hat er zugesagt, 50 % für dieses Jahr.

Herr Jacob verliest den Beschlussvorschlag, der lautet: Auf Auszahlung der § 7-Mittel entsprechend des SR-Beschlusses und Überprüfung der Rechtmäßigkeit der Auszahlung der § 7-Mittel.

Frau Braun unterbricht Herrn Jacob und formuliert ihren *Änderungsantrag*, der wie folgt lautet: *Sofortauszahlung der § 7-Mittel, lt. Haushalt 2023.*

Herr Nagler möchte vor der Abstimmung wissen, wie er abstimmen muss. Wohin sollen die Mittel ausgezahlt werden? Die § 7-Mittel werden technisch nicht ausgezahlt.

Herr Jacob antwortet, die Bereitstellung der angeforderten Mittel und fragt, ob dies so korrekt sei.

Herr Jacob formuliert noch einmal den *Änderungsantrag* von Frau Braun und bittet um Abstimmung.

Der Stadtrat fordert die Bereitstellung der beschlossenen § 7-Mittel, entsprechend des Haushaltes 2023, in voller Höhe und von der UWGSA die geforderte Prüfung auf Rechtmäßigkeit.

Abstimmung Änderungsantrag: 21x Ja, 1x Nein, 0x Enthaltung

Herr Jacob bittet um Abstimmung der abweichenden BV 1103/2023.

Der Stadtrat fordert die Bereitstellung der beschlossenen § 7-Mittel, entsprechend des Haushaltes 2023, in voller Höhe und von der UWGSA die geforderte Prüfung auf Rechtmäßigkeit.

Abstimmungsergebnis: 21x Ja, 1x Nein, 0x Enthaltung

TOP 8: Anfragen und Anregungen, Sonstiges

Frau Braun sagt zur Schließung Kita bereits, dass die Eltern verzweifelt sind und Unterstützung benötigen. Auf Wegezeit, auf Kilometergeld, auf Arbeitszeit und Freizeiteinbußen wird keine Rücksicht genommen, auch nicht auf den Betreuungsvertrag. Der Vertrag müsse dann auch gekündigt werden. Die Kita wird leergezogen. Vor einem halben Jahr habe Herr Brohm den Eltern gesagt, dass die Kita bleibt. Sie sagt, dass die Kita Demker erst in Frage gestellt wird, wenn der Erweiterungsbau Kita Lüderitz fertig ist, es ist der Arbeitsweg der Eltern aus Demker oder nach Bellingen, was auch vertretbar wäre. Sie kritisiert vehement, dass der BM die Kinder nach Tangerhütte oder Cobbel geben will. Es wird auch durch ihn die Wegnahme der Schüler in der GS (Grundschule) Lüderitz gesteuert. Die GS ist die zweitgrößte in der Einheitsgemeinde. Diese Kinder gehen zur GS Tangerhütte und nicht nach Lüderitz. Die Einzugsbereiche, die festgelegt wurden, missachte der BM, weil er keinen Standort in unserer Region L30 vorhalten kann.

Sie möchte wissen, wer im Landkreis den Eltern die Aussage gegeben hat. Sie wird sich als Mitglied des Kreistages persönlich an das Jugendamt wenden, dass Dinge hinter dem Rücken der Eltern und des SR'es gemacht werden.

Sie spricht die Notfallpläne an, die die Kuratorien unterschreiben sollen. Diese widersprechen den Betreuungsvertrag und dem SR-Beschluss, hinsichtlich der Schließtage. Es wird sich nicht an Verträge gehalten und auch nicht an SR-Beschlüsse.

Frau Braun spricht auch die Kita „Anne Frank“ an, dass auch der SR entscheiden kann, so sagt der BM. Nein, das entscheidet der SR nicht. Dies steht nicht auf der TO. Um das zu klären, ist Sache der Verwaltung. Zu allen Kuratoriumssitzungen war die Verwaltung mit anwesend. Es ist ungeheuerlich, was den ehrenamtlichen SR'en zugemutet wird.

Frau Braun weiter, dass so eine Person - das Mädchen Anne Frank, die jüdische Gemeinde und die EGem Tangerhütte nicht verdient, dass wir überall negativ dastehen.

Sie ist ehrenamtliche Botschafterin des jüdischen Nationalfonds seit 1997, sie hat mit Israel eine Reise durchgeführt. Sie fühlt sich beschämt.

Sie erwähnt die Stellungnahme von Herrn Brohm, die mangelhaft ist. Das, was er in der Öffentlichkeit vorgetragen hat, ist peinlich.

Frau Platte 1. Kita „Anne Frank“: Spricht die Aufsicht an, die der Träger gegenüber einer Kita und einer Schule hat, nicht erfüllt hat. Vor Neubeginn wusste man bereits, dass es Schwierigkeiten gab.

Protokoll Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. vom Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.

Sie hat mit der damaligen zuständigen Amtsleiterin gesprochen und darauf aufmerksam gemacht. Es konnte nicht eingegriffen werden, weil es keine offiziellen mit Namen versehenen Beschwerden gab. Einen Vorschlag des neuen Erzieherkollektivs gab es für einen neuen Namen. Ein Name hat nichts mit der Arbeit zu tun. Es wäre die Aufgabe der Verwaltung gewesen, einzugreifen, was es mit dem Namen Anne Frank zu bedeuten hat.

Sie ergänzt noch, die neue Erziehertruppe hätte nicht allein gelassen werden dürfen.

2. Kita Demker: Es wurde gefragt, ob noch keine Elterngespräche geführt wurden? Bei so vielen Problemen, die vorgetragen wurden, müssen auch mehrmals Gespräche geführt werden. Man soll oder sollte versuchen jedem Elternteil in solcher Situation entgegenzukommen.

Frau Platte möchte wissen, ob mittlerweile in Bittkau das mit der Seniorenbetreuerin geklärt ist. Frau Altmann hatte gesagt, dies sei eine neue Maßnahme, obwohl es keine ist.

Herr Brohm kennt keinen neuen Stand.

Frau Platte weist darauf hin, dass die Gullys ab der Kreuzung Bismarckstraße bis zur Lebenshilfe sehr tief liegen. Dies sollte man dem Wasserverband melden, damit diese hochgenommen werden. Zum Aufräumen vor Ort sagt **Frau Platte**, dass dies ein grundsätzliches Problem sei. Ihre Gemeindeglieder sollen von Schelldorf, Jerchel bis Kehnert alles machen und dann werden die Gemeindeglieder noch für andere Arbeiten abgezogen, z.B. Friedhofsmauer mauern. Diese haben aber auch die Aufgabe, durch den Ort zu fahren und zu schauen, wo liegen Scherben, Müll oder Dreck herum. So etwas müsste man doch organisieren können.

Herr Graubner bedankt sich bei den Eltern der Kita Demker. Er sagt nochmal danke, dass ihr da seid und für das Engagement.

Zum Thema Kita „Anne Frank“ berichtet er, dass er vor wenigen Tagen in Minsk gewesen sei anlässlich des 80-jährigen Jubiläums der Liquidierung des Ghettos von Minsk. Er sagt, Anne Frank ist nicht weit weg, Anne Frank ist ein Teil unserer Stadtgeschichte, der deutschen Geschichte. Er berichtet darüber, dass man als Bürgermeister nicht sagen kann, dass die Weltpolitik nicht so wichtig ist. Vorläufig ist eine Namensänderung nicht geplant. Er liest noch zwei Sätze vor.

Herr Jacob informiert, dass er eben auf seinem Handy eine Nachricht bekommen habe. Er liest aus dem Handy vor.

Es ist eine gemeinsame Stellungnahme der Stendaler Kreisvorstände der Parteien Bündnis 90, Die Grünen, CDU, Die LINKE, FDP, Freie Wähler zur angestrebten Umbenennung der Kita „Anne Frank“ in Tangerhütte. Als demokratische Parteien appellieren wir an alle, die für die Umbenennung der Kita „Anne Frank“ sind, das nicht zu tun. Wir begrüßen deshalb die klare Position aller Fraktionen des SR'es der EGem Stadt Tangerhütte. Mit dem Namen Anne Frank von Kita's und Schulen wird an das Schicksal des jüdischen Mädchens erinnert, dass während der Gewaltherrschaft der Nazis jahrelang sich vor diesen versteckte und dann noch von ihnen ermordet wurde. Der Name Anne Frank hilft diese Erinnerung wachzuhalten und bestätigt aus der Vergangenheit zu lernen. Er ist somit Bekenntnis der Kita, der Mitarbeitenden, der Eltern, der Politik und aller Bürgerinnen und Bürger für die Art und Weise, wie wir und unsere Kinder heute und in Zukunft miteinander leben wollen, mitmenschlich, solidarisch, weltoffen und demokratisch in Vielfalt. Nach unserer Einschätzung kann auch die Geschichte von Anne Frank kindgerecht erzählt und in das neue Kita-Konzept von Selbstbestimmung und Vielfältigkeit integriert werden. In jeder Zeit, aber gerade in unserer Zeit des brutalen Angriffs der Hamas auf Israel in der schwebenden Antisemitismus in Deutschland, sein hässliches Haupt erhebt, ist eine Namensänderung unsensibel und mehr als unpassend.

Unterschrieben von Christian Hauer, Vorsitzender (Vors.) des Kreisverbandes (KV) Altmark von Bündnis 90, die Grünen, Chris Schulenburg, Vors. des CDU-KV Stendal, Mario Glaschke, Vors. Die LINKE KV Stendal, Markus Faber, Vors. des FDP-KV, Nils Krümmel, Vors. des KV Freie Wähler Altmark

Herrn Sprunk wird immer körperlich übel, wenn Herr Brohm den Satz „dynamischer Prozess“ in den Mund nimmt. Die Schließung der Kita Demker sei kein dynamischer Prozess, sondern ein planloses Handeln der Verwaltung. Es gebe auch keinen Personalengpass, denn dann würde Herr Brohm Personalstellen ausschreiben, was die Verwaltung bisher nicht getan habe. Heute stehe in der Stellenanzeige der EGem eine Stelle „ständige Vertretung der Leitungskraft der Kindertageseinrichtung Hort Tangerhütte“. Der Brüller ist, die Stelle sei ab 01.01.2022 zu besetzen und der Bewerbungsschluss sei der 21.11.2021. Er wisse nicht, was in der Verwaltung los ist, aber dort laufe es drunter und drüber. Das Herr Brohm in der Freitaginfo dramatisiere, dass ein akuter Personalmangel herrsche, sei für ihn ein Vorschub, weil Herr Brohm die Kommunalaufsicht im Rücken (schnellstmöglich HKK-Maßnahmen umsetzen und Kapital einsparen) stehe. Für Herrn Sprunk sei

das der einzige Grund, warum die Kita Demker geschlossen werden soll. Er werde der Kita-Schließung nie zustimmen.

Herr Nagler sagt zur Kita „Anne-Frank“, es gibt für jedes Alter den richtigen Umgang, mit allen Themen. Es sollte kindgerecht so rübergebracht werden, dass es keinen beschädigt.

Er hätte sich gewünscht, dass der Beschluss zur Kita Demker nicht vertagt worden wäre und der SR eine Entscheidung getroffen hätte, damit die Eltern heute ganz entspannt nach Hause hätten gehen können.

Herr Nagler meint, viele Probleme treten auf, weil unser BM beratungsresistent sei. Thema 1: Kita „Anne Frank“: Von der Verwaltung war keiner bei der Ortschaftsratsitzung im Juli anwesend. Hier wurde vorgetragen, den Namen zu ändern. Von verschiedenen OR'en wurde dies als falsch empfunden und auch begründet.

Die Verwaltung sollte sich die Protokolle der Ortschaften anschauen, denn in diesen Sitzungen seien z.B. Beschlüsse zur Vorlage im SR oder es stehen Aufgaben für die Verwaltung drin. So hätte man darüber stolpern können, dass es auch andere Sichtweisen gibt. In Demker verhalte es sich ähnlich. Hier wurde der SR ad hoc überfallen. Er habe vor ca. einem ½ Jahr gefragt, wie ist der Stand zur Schließung der Kita Demker. Die Antwort lautete, die Kita Demker habe viele Kinder. Die Schließung sei nicht vorgesehen. 1:39:05 Es sei deckungsgleich von Eltern und SR'en mit Aussagen, die getätigt wurden. In der Fraktionsvorsitzendenrunde wurde darauf hingewiesen, dass man über Neustrukturierung reden kann. Die Zeitschiene gibt das nicht her. Es muss einen SR-Beschluss geben, aber man weiß nicht, ob der SR diesem auch zustimmt.

Wenn zu einem gewissen Zeitpunkt geschlossen werden soll und sich einig ist, dann dauert die Zeitschiene mind. 1 Jahr. In der Zeit könnten andere Optionen geprüft werden. Er wird weiterhin dagegen stimmen. Er stimmt auch dem zu, was Herr Sprunk bereits sagte.

Herr Jagolski fragt den BM, ob er im TOP 5 etwas vergessen hat.

Herr Brohm antwortet mit nein.

Herr Jagolski gibt der Einwohnerin Nr. 7 Recht, denn Tangerhütte sehe unmöglich aus. Er mache auch Fotos und schicke diese weiter. Dies wird relativ schnell abgearbeitet. Er sei aber der Meinung, dass die Ordnungsamtsfahrerin auch die Unordnung sehen müsste. Er fordert die Verwaltung auf, ein Gutachten über die Kreuzung Bahnhof erstellen zu lassen. Dort seien angeblich schon mehrere Leute gestürzt. Zufällig habe er am Montag gesehen, wie dort ein kleiner Junge weggerutscht sei. Er habe davon noch ein paar Fotos gemacht, auf denen man den Fahrradreifen gut sehen kann. Das Bauamt sagt immer, dass sie diese Meldungen an Frau Gores und an den Planer weiterleiten. Es heißt immer, die Kreuzung sei DIN-gerecht gebaut worden, aber hier sei Aussage gegen Aussage. Die Kosten des Guthabens müssten an das Planungsbüro weitergeleitet werden.

Frau Kraemer über Kita Demker, wo in der SR-Sitzung zur kurzfristigen Schließung nichts gesagt wurde. Die Argumente von den Eltern für die Schließung stimmen gar nicht. Sie bedauert, dass der Punkt abgesetzt wurde. Sie hätte gegen die Schließung der Kita Demker gestimmt. Sie bittet, dass der BM den Weiterbetrieb der Kita für die Zukunft sichert.

Zum Thema Kita „Anne Frank“ glaubt sie, dass es mit Unwissenheit zusammenhängt. Es kann nicht sein, dass man solche Begründung gibt, dass man Eltern, die mit ihren Kindern geflüchtet sind, um hier Sicherheit zu finden, die Geschichte einer Anne Frank, ebenfalls geflüchtet und sich verstecken musste, dieses den Eltern nicht erklären könne. Sie sagt, dass die pädagogischen Aussagen der Leiterin nicht gehen, dafür ist sie Pädagogin und muss dies kindgerecht vermitteln. Man muss selber erstmal wissen, um die Geschichte und Verantwortung der Anne Frank. Der BM muss eine Haltung zu diesem Thema haben. Sie erinnert an die Worte, die Herr Borstell gesagt hat, im Jahr 2022. Er soll sich die Rede von 2022 nochmal geben lassen. Es geht um die Bedeutung der Geschichte.

Frau Kraemer sagt, dass der BM sich schon in der ersten Wahlperiode verpflichtet hat, Schaden von der Stadt Tangerhütte abzuweisen. Was er gemacht hat, der EGem Stadt Tangerhütte Schaden zuzufügen. Sie fordert ihn auf, die Verantwortung dafür zu übernehmen.

Herr Radke schließt sich zum Thema Kita Demker Herrn Jagolski und Frau Kraemer an. Er kann der Schließung der Kita Demker nicht zustimmen, weil die Probleme nicht gelöst sind. Thema Kita „Anne Frank“ hat ihn sprachlos gemacht und was gesagt wurde.

Zum Thema Laubcontainer gibt **Herr Radke** an, dass der Bauhof zurzeit die Parkstraße pflegt (Bäume, Büsche verschneiden usw.). In der Parkstraße stehen ca. 40 Eichen. Dadurch fallen regelrechte Laubwellen auf die Grundstücke der Privateigentümer. Könnte man in der Parkstraße auch einen Laubcontainer hinstellen? Das könnte der Bauhof klären, wenn dieser wieder zum Wildpark fährt und die Zäune holt.

Frau Schleef sagt, dass die OBM'in Frau Fischer auf der letzten SR-Sitzung sich für die Schließung der Kita Demker ausgesprochen hat. Sie spricht die Einrichtungen an, die bereits in anderen Ortschaften geschlossen wurden.

Sie musste ihre Kinder auch zur Kita bringen und zur Arbeit fahren. Es muss eine Lösung gefunden werden für die Kinder. Es sollte über die Schließung gesprochen werden.

Frau Schleef zur Namensänderung Kita „Anne-Frank“. Es lag kein Antrag der Ortschaft vor und auch nicht dem SR. Darüber müsste sachlich gesprochen werden. Man darf sich nicht von der Presse hertreiben lassen. Im Sozialausschuss wurde das auch nur kurz angesprochen, wo sich die Mehrheit gegen die Namensänderung entschieden habe.

Herr Jacob übergibt die Sitzungsleitung kurz an Frau Braun und sagt zur Kita Demker, dass er Herrn Brohm gefragt hatte, ob das mit den Eltern abgesprochen ist und ob alle informiert sind. Er hat die Antwort erhalten mit ja.

Er erinnert sich an die Versammlung zur Bürgermeisterwahl, wo der BM wörtlich gesagt hat: „Ich wünschte mir mal vom SR-Vorsitzenden einen väterlichen Rat.“ Er hat dem BM einen väterlichen Rat zu Anne Frank gegeben. Er wäre froh gewesen, wenn der BM die Äußerungen, die er gegenüber der Presse und der Öffentlichkeit gemacht hat, ein wenig zu Herzen genommen hätte. In der Sicht der Dinge hätten wir von der Außenwelt etwas besser dagestanden. Gegenseitig müsse man sich etwas ernster nehmen. Wichtig ist, dass miteinander gesprochen wird, aber was gesprochen wird, muss auch beim anderen ankommen.

Herr Jacob hat in der Zeitung gelesen, dass Osterburg ihr Industriegebiet vorantreibt. Industriegebiet und Arbeitskräfte werden hier gebraucht, damit die Stadt Gewerbeeinnahmen hat. Er fragt: Wie weit sind wir damit? Wie und wo forcieren wir das? Wo ist unsere Arbeit, um dort etwas zu erreichen? Es gibt so viele Probleme, die angepackt werden müssen, damit es vorangeht. Aber es wird sich mit Sachen beschäftigt, die überhaupt nicht nötig sind. Das ist seine Kritik. Es muss das Wichtige von dem Unwichtigen unterschieden werden.

Herr S. Wegener sagt, morgen ist der 9. November und der 9. November 1938 war die Reichsprogammnacht, auch Kristallnacht genannt.

Die Entwicklung der Namensänderung „Kita „Anne Frank“ wurde durchaus angesprochen. Herr Brohm wurde nicht nur von Herrn Jacob gewarnt, sondern auch von Frau Braun bzw. Frau Altmann wurde von Frau Braun gewarnt. Frau Altenberger hat gefragt, ob die Namensänderung überhaupt angedacht ist. Er hat direkt nachgefragt und es wurde dann von Frau Altmann bejaht. Frau Braun hat hingewiesen, dass der SR zu befragen ist. Er habe ebenfalls darauf hingewiesen. Ende September in der Sitzung im nichtöffentlichen Teil habe er nochmal nachgefragt, ob der BM immer noch bei der Meinung der Änderung ist. Dies wurde von Frau Altmann wieder bejaht und Herr Brohm war dabei. Er hat Herrn Brohm gewarnt.

Zum Thema Kita Demker wurde dem SR gesagt, dass das mit den Eltern abgesprochen ist und es kein Problem wäre. Frau Fischer hat einiges bestätigt. Er dachte, dass er informiert war, dass man dem auch zustimmen kann. Dies hat er heute nicht getan, weil es gestern anders in der Zeitung stand. Er spricht nochmal das Thema Anne Frank an. Er befürchtet, dass die Kita Demker dringend benötigt wird. Eltern wollen Kinder nicht mehr in die Kita Anne Frank schicken aus uns bekannten Gründen. Ihm fehlt eine Erklärung von Herrn Brohm und eine politische Verantwortung. Eine politische Verantwortung wäre ein Rücktritt vom BM. Es gibt noch einige andere Mitarbeiter der Stadt, denen es auch betrifft, Verantwortung zu übernehmen und Konsequenzen ziehen.

Er spricht die Wahl 2024 an und dass der BM noch fünf Jahre im Amt ist. ...

Herr Nagler fragt, warum verstößt die EGem, Herr Brohm mit seiner Verwaltung, gegen die eigene Satzung, die der SR beschlossen hatte? Erstens geht es um die Schließzeiten der Kitas und der Horte. Der Hort Grieben hat für den Sommer 2024 eine Schießzeit von 2 Wochen beschlossen. Das seien 10 Tage und in unserer Satzung stehen 8 Tage. Über solche Beschlüsse muss der Träger mit abstimmen. Ansonsten wären es keine rechtskräftigen Beschlüsse. Wie kann es sein, dass dort rechtswidrige, der Satzung nicht entsprechende Schließzeiten beschlossen werden? Der Hort Grieben habe für 2024 insgesamt 13 Schließtage beschlossen. Zweitens geht es um die Wahl der Kuratorien. Warum wurden im September in allen Kitas und allen Horten Kuratoriumswahlen durchgeführt? Seit der letzten Gesetzesänderung des KiföG's sind die damals gewählten Elternvertreter auf unbestimmte Zeit gewählt. Genauso stehe es auch in unserer Wahlsatzung. Vorher waren es 2 Jahre, aber das sei mit der Gesetzesänderung für die Elternvertreter der Kuratorien weggefallen. D.h., Kuratorien sind erst dann neu zu wählen, wenn die gesetzliche Mindestanzahl von 2 Elternvertreter unterschritten ist, weil diese zurückgetreten sind oder abgewählt wurden oder die Kinder die Einrichtung verlassen haben. Er habe in der Kita „Friedrich Fröbel“ kurz vorher dafür gesorgt, dass die

Wahl korrekt abläuft, indem die schon gewählten Elternvertreter vor der Wahl zurückgetreten sind. In allen anderen Einrichtungen, wo das nicht erfolgt ist und wo die Voraussetzungen nicht vorhanden sind, gibt es jetzt nebeneinander laufende Elternvertretungen. Er fragt sich, ob die Verwaltung noch wisse, was sie macht. Er hat sich dagegen entschieden, gegen irgendwelche Wahlen Einspruch einzulegen, denn dann heißt es nicht, „die Verwaltung hat Mist gebaut, sondern, der Nagler wieder. Jetzt müssen wir uns ja wieder treffen und nochmal wählen.“ Darauf habe er keine Lust mehr und deshalb sagt er es in dieser Runde. Es hätte ausgereicht, wenn man die Kuratorien zusammengeholt hätte, um die neuen Vertreter für Gemeindeelternvertretungen zu wählen, denn die sind für 2 Jahre, aber die Elternvertreter der Kuratorien nicht. Herr Nagler besteht auf aussagekräftige Antworten, auf seine Anfragen.

Frau Braun findet, dass Herr Brohm in Wahrnehmung seiner Verantwortung gegen die Kuratoriumswahlen Widerspruch einlegen muss, weil diese gesetzeswidrig stattgefunden haben. Sie fordert Herrn Brohm auf, in den Einrichtungen Ordnung herzustellen. Ihre große Einrichtung Lüderitz hatte teilweise nur 4 Erzieher. Darüber habe die Leiterin der Einrichtung Lüderitz Frau Altmann informiert, aber habe keinerlei Unterstützung bekommen. Ständig werden die Eltern aufgefordert, ihre Kinder früher abzuholen, weil die Verwaltung nicht in der Lage sei, Personal umzusetzen. Es sei nicht die Aufgabe einer Leiterin, um Personal zu bitten. Dafür habe man in der Verwaltung eine Personalamtsleiterin und Sachgebietsleiterin. Zum Thema Schließzeiten stimmt sie Herrn Nagler zu und sagt, dass sei kritikwürdig. Sie möchte, dass das aufhört. In Lüderitz habe sie darauf geachtet, dass die Satzung eingehalten wird. Früher habe man sie als OBM zu den Kuratoriumswahlen als Gast eingeladen und sie konnte gegenhalten, wenn man falsches vorgetragen habe. Die Amtsleiter, die Sachgebietsleiter und die von Herrn Brohm entsandten manipulieren und beeinflussen die ehrenamtlichen Eltern. Die ehrenamtlichen Eltern kennen das Gesetz und die Beschlüsse nicht und fühlen sich in einer Zwangssituation, wenn ständig die Verwaltung und die Leiterin anwesend ist.

Frau Braun fragt, wie kommt die Verwaltung bei Schließung einer Kita, in der 16 Kinder betreut werden, auf den Schlüssel? Dadurch werden woanders die Gruppen größer und müssen geteilt werden. D. h., die Schlüssel werden größer und man benötigt mehr Personal. Ansonsten wird der Schlüssel nicht mehr eingehalten. Außer bei Wasser und Strom gibt es keine Kosteneinsparung. Aus ihrer Sicht sei das eine total falsche Einschätzung, auch die Begründung der Verwaltung zur Schließung der Kita Demker. Vor 4 Monaten habe Frau Altmann ihr erklärt, wie schlecht unsere EGem Plätze zur Verfügung stellen könne, weil man zu viele Kinder habe und zu wenige Einrichtungen. Sie erklärt, dass der Beschluss, Schließung der Kita Demker, in den nächsten 10 Monaten nicht auf die TO kommen wird. Frau Braun wird morgen früh die Amtsleiterin des Jugendamtes, Frau Müller, anrufen, denn der Träger der Jugendhilfe ist der Landkreis. Der Landkreis sei dafür zuständig, dass hier vernünftige Verhältnisse entstehen. Sie habe gehört, dass Frau Müller über diesen Vorgang sehr ungehalten war und das möchte sie morgen persönlich erfragen und das Resümee der heutigen Sitzung mitteilen.

Für **Herrn Sprunk** sage die Rechtslage folgendes aus, die Sicherung der sach- und fachgerechten Betreuung der Kinder ist oberste Aufgabe des Trägers von Tageseinrichtungen. Nach § 45 Abs. 2 Sozialgesetzbuch ist eine Erlaubnis für den Betrieb einer Einrichtung zu erteilen, wenn der Träger die erforderliche Zuverlässigkeit nachweist. Demnach müssten wir alle Kitas schließen, weil bewusst Personal zurückgehalten wird und nicht ausgeschrieben wird.

Herr Jagolski ist aus dem Redebeitrag von Frau Schleef nicht ganz schlau geworden. Frau Schleef beruft sich auf den Beschluss 1102/2023, Schließung der Tageseinrichtung für Kinder in Demker. Sie habe natürlich Recht, dass es erlaubt ist, sich Gedanken zu machen, aber diese BV sagt eine Schließung voraus und nicht, sich Gedanken zu machen. Das sei ein gewaltiger Unterschied.

Herr Graubner sagt, dass ein Antrag zur Kita Demker gestellt wurde, um die Eltern zu schützen. In der Freitaginfo stand, dass alles in Ordnung ist. Und dann muss man aus der Presse erfahren, dass die Eltern nicht befragt worden sind.

Herr Graubner bedankt sich für die Worte von Herrn S. Wegener. Der Rücktritt vom BM ist bereits gefordert worden. Er würde dem BM vorschlagen, weniger zu reisen, um die Welt über das digitale Rathaus zu belehren. Dabei sollte mehr Ordnung in der Verwaltung geschaffen werden, damit Tangerhütte mit erhobenem Haupt durch die Welt gehen könne.

Herr Jagolski möchte wissen, ob die BV 1102/2023 vertagt wurde.

Herr Jacob antwortet nein und sagt, er erinnert sich, dass Herr Graubner diese BV abgesetzt habe, aber er wird sich die Aufnahme anhören, um Missverständnisse auszuschließen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, beendet **Herr Jacob** 21:30 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

Öffentlicher Teil

TOP 13: Wiederherstellung der Öffentlichkeit

Herr Jacob stellt die Öffentlichkeit wieder her.

TOP 14: Bekanntgabe der in nicht öffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse

Im nichtöffentlichen Teil der Sitzung wurden keine Beschlüsse gefasst.

TOP 15: Schließung der Sitzung

Herr Jacob schließt 21:39 Uhr die SR-Sitzung.

Fertiggestellt am: 01.02.2024

Anlage

**Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte
Stadtratsvorsitzender**

Tangerhütte den 06.11.2023

CDU/FDP * UWGSA * SPD * Die Linke * WG Zukunft * WG Altmark-Elbe * WG Lüderitz

**Gemeinsame Stellungnahme der Fraktionen im Stadtrat der Einheitsgemeinde Stadt
Tangerhütte zur angestrebten Umbenennung der Kita „Anne Frank“.**

Die Fraktionen des Stadtrates der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte werden einer Umbenennung der Kita „Anne Frank“ nicht zustimmen.

Die Fraktionen des Stadtrates der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte fordern den Bürgermeister Herrn Brohm auf dieser Umbenennung eine klare Absage zu erteilen.

Der Forderung der Kita Leitung und der Elternvertreter ist nicht zu entsprechen.

Die Behauptung durch die Kita-Leitung, der Name Anne Frank wäre ungeeignet und Kindern schwer vermittelbar, zeugt eher von einer Geschichtsvergessenheit der Verantwortlichen und ist zu dem noch unwahr. Gerade diese Geschichtsvergessenheit ist der Nährboden für Verschwörungstheorien und Demokratiefeindlichkeit bis hin zum Antisemitismus.

Erinnerungskultur hat einen Sinn, denn wir sind es unseren Kindern und nachfolgenden Generationen schuldig zu erklären, was es bedeutet in Frieden und Freiheit zu leben! Die Geschichte lehrt uns, dass dies keine Selbstverständlichkeit ist und diese Werte verteidigt werden müssen. Geschichten wie die der Anne Frank zeigen, wie wichtig das ist und die aktuellen Ereignisse machen dies noch eindringlicher. Darum sagen wir dem jüdischen Volk: „NIE WIEDER!“

Und deshalb klares NEIN zu einer Umbenennung der Kita Anne Frank!


Werner Jacob
Stadtratsvorsitzender

Stadtratsvorsitzender
Werner Jacob
Straße der Jugend 5a
39517 Tangerhütte

Tel. 0163/2713409
E-Mail: jacob.ri@tangerhuetten.de